

**Postulat Pfäffli Andrea und Mit. über eine verbindliche und transparente Steuerung der kantonalen Informatik**

eröffnet am 7. September 2026

Der Regierungsrat wird beauftragt, im Rahmen des Projekts «Weiterentwicklung Digital Business Model» aufzuzeigen, wie die Informatik und die digitale Transformation des Kantons Luzern künftig departementsübergreifend gesteuert werden.

Dabei ist insbesondere darzulegen,

- wie Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen Fachinformatik und Konzerninformatik verbindlich geregelt werden,
- wie ein departementsübergreifender Überblick über die bestehenden und geplanten Fachapplikationen geschaffen und Doppelspurigkeiten vermieden sowie Synergien genutzt werden,
- nach welchen Grundsätzen strategisch bedeutende Informatikprojekte gesteuert und deren Risiken beurteilt werden,
- wie die Fachbereiche, die Mitarbeitenden, die Gemeinden und die Nutzerinnen und Nutzer angemessen in die Entwicklung und Umsetzung einbezogen werden.

Begründung:

Der Rechenschaftsbericht B 101 über ausgewählte Informatikprojekte des Kantons Luzern zeigt, dass erfolgreiche Informatikprojekte klare Verantwortlichkeiten, eine gute Zusammenarbeit zwischen Fach- und Informatikstellen, den Einbezug der Nutzenden und ein aktives Risikomanagement brauchen. Der Regierungsrat nennt diese Punkte selbst als zentrale Lehren.

Entscheidend ist nun, diese Erkenntnisse für die Zukunft verbindlich zu verankern. Mit der «Weiterentwicklung Digital Business Model» läuft dafür bereits ein zentrales Projekt. Es bietet die Chance, die Zusammenarbeit zwischen Fach- und Konzerninformatik neu zu ordnen und die kantonale Informatik stärker departementsübergreifend zu steuern.

Dabei geht es nicht um mehr Bürokratie oder darum, Informatikprojekte auszubremsen. Digitalisierung braucht weiterhin Mut und Innovation. Umso wichtiger sind klare Zuständigkeiten, eine systematische Risikobeurteilung und Transparenz, wenn etwas nicht wie geplant läuft.

Gleichzeitig soll der Kanton einen besseren Überblick über seine zahlreichen Anwendungen schaffen, Synergien nutzen und Doppelspurigkeiten vermeiden. Der Kantonsrat soll nachvollziehen können, ob diese Weiterentwicklung gelingt und ob die Lehren aus B 101 tatsächlich umgesetzt werden.

*Pfäffli Andrea*

